

Leibniz-Leitlinie wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung

Präambel

Es entspricht dem Selbstverständnis der Leibniz-Gemeinschaft und ihrer Institute, forschungsbasiertes Wissen als Basis für gesellschaftliche Diskurse und politische Entscheidungen zur Verfügung zu stellen. Die forschungsbasierte Beratung von Politik und Gesellschaft stellt hohe Anforderungen an einzelne Einrichtungen und an individuelle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ebenso wie an eine außeruniversitäre Forschungsorganisation insgesamt. Die folgenden Grundsätze regeln vor diesem Hintergrund, wozu wir uns bei der forschungsbasierten Beratung von Politik und Gesellschaft äußern, welchen Standards unsere Beratung unterliegt und wie wir diese Beratung durchführen.

Wir geben uns diese Grundsätze im Selbstverständnis unserer Leibniz-Mission *Theoria cum Praxi* und verpflichten uns, diese zügig mit konkreten Verfahren und Standards an unseren Instituten zu unterlegen. Die Grundsätze basieren auf einem Verständnis von Wissenschaft, das sich der Bearbeitung gesellschaftlicher Fragestellung verpflichtet fühlt, deren Ergebnisse häufig in Interaktion mit der Gesellschaft erarbeitet werden und wiederum hilfreiche Orientierungspunkte in gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen liefern. Uns ist dabei bewusst, dass gute Beratung als eine Form des Erkenntnistransfers nur auf exzellenter Wissenschaft basieren kann und forschungsbasierte Beratung selbst eine relevante Leistung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern darstellt, die entsprechenden Kriterien unterliegt. Deshalb sehen wir diese Grundsätze in engem Bezug und als Ergänzung zu den bereits gut etablierten Grundsätzen guter wissenschaftlicher Praxis und den Standards wissenschaftlicher Integrität.

Beratung als Aufgabe der Wissenschaft

1. Basis unserer Beratung für Politik und Gesellschaft sind wissenschaftliche Erkenntnisse, die dem aktuellen Forschungsstand entsprechen. Dabei achten wir darauf, bestehende Unsicherheiten und den Prozesscharakter der Wissenschaft zu verdeutlichen.
2. Wir halten es für essenziell, den Unterschied zwischen der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der forschungsbasierten normativen Bewertung möglichst deutlich zu machen. Beide Beratungsaktivitäten stellen aus unserer Sicht einen Auftrag der Wissenschaft dar.
3. Wir beraten dabei stets auf Basis unserer jeweiligen fachlichen Kompetenzen und machen deren Grenzen transparent. Zudem achten wir darauf, dass unsere fachliche Expertise einschlägig in Bezug auf die zugrundeliegende Frage und Problemlage ist, und lehnen ggf. auch Beratungswünsche ab.

Die Leitlinie wurde durch die Mitgliederversammlung der Leibniz-Gemeinschaft am 18. November 2021 beschlossen.

4. Wir sehen die Bewertung von Risiken und möglichen Konsequenzen (Wirkungs- und Kausalketten) als eine zentrale Aufgabe der Wissenschaft an.
5. Wir stellen unsere wissenschaftliche Beratung in verschiedenen Formaten auf Anfrage zur Verfügung, sehen es aber auch als unsere Verantwortung und Aufgabe an, Beratung aus eigenem Antrieb in die Öffentlichkeit zu tragen, um so Debatten über gesellschaftlich relevante Themen anzustoßen und um die Basis für eine informierte Entscheidungsfindung zu liefern.
6. Wir verstehen wissenschaftliche Einrichtungen auch als Foren für gesellschaftliche Diskurse und fördern dadurch eine kritische öffentliche Debatte. Indem wir Handlungsoptionen aufzeigen, ermöglichen wir gesellschaftliche Teilhabe und politische Urteilsbildung.

Standards unserer Beratung

7. Wir sehen es als unsere wissenschaftliche Pflicht an, unabhängig zu forschen und zu beraten. Wir stellen unser forschungsbasiertes Wissen Politik und Gesellschaft zur Verfügung.
8. Da politische und gesellschaftliche Probleme zumeist komplex sind und wissenschaftlicher Rat selten nur aus einer fachlichen Richtung kommen sollte, forschen und beraten wir nach Möglichkeit unter Berücksichtigung unterschiedlicher Positionen und Zugänge.
9. Wir sind stets transparent in Bezug auf mögliche Interessenkonflikte, die unsere Integrität, die der Beratung oder die der zugrundeliegenden Forschung gefährden könnten. Wir machen deutlich, wann wir uns als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und wann als Person der öffentlichen Aufmerksamkeit äußern.
10. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, wissenschaftliche Politikberatung entlang gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse zu leisten, von der Problemidentifizierung und -diagnose über die Beratung zur Konzeption politischer Maßnahmen, die Analyse ihrer voraussichtlichen Wirkung bis hin zu deren nachträglicher Evaluation. Je nach Fragestellung und je nach zeitlichem Spielraum bzw. Dringlichkeit der Beratung variieren dabei das Methodenset und damit einhergehend auch die (wissenschaftliche) Aussagekraft.
11. Wir entwickeln an unseren Instituten fachspezifische Standards zur regelmäßigen Bewertung von Qualität und Wirkung der Politik- und Gesellschaftsberatung, die auch in die regelmäßige Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft Eingang finden. Die Leibniz-Gemeinschaft unterstützt die Institute dabei.

Verfahren der Politik- und Gesellschaftsberatung

12. Gute Politik- und Gesellschaftsberatung berücksichtigt die Positionen aus Politik und Gesellschaft. Sie ist dialogisch, interaktiv und offen für gesellschaftliche Positionen und erkennt die beratende Rolle der Wissenschaft und ebenso die Grenzen ihrer Beratung an.

13. Wir sind uns bewusst, dass die Vermittlung unserer Forschungsergebnisse über Medien Teil der Politik- und Gesellschaftsberatung ist, wobei jedes Medium spezifische Anforderungen an die Kommunikation stellt. Wir zielen stets darauf ab, möglichst klar, verständlich und nachvollziehbar in unseren Aussagen zu sein, ohne unsachgemäß zu vereinfachen. Dabei stellt für uns insbesondere die Kommunikation über Social Media besondere Anforderungen an die Sprache und die Deutlichkeit sowie die Ausgewogenheit der Äußerungen.
14. Das Beratungsangebot unserer Institute steht allen Akteurinnen und Akteuren des freiheitlich-demokratischen Spektrums offen. Die Institutsleitungen sind aufgefordert, geeignete Strukturen zu schaffen, um im Fall ethisch bedenklicher Anfragen das Institut und einzelne Forscherinnen und Forscher zu beraten sowie gegenüber Vorwürfen und Instrumentalisierung zu schützen. Hierfür steht den Instituten auch Beratung auf Gemeinschaftsebene zur Verfügung.
15. Wir stellen in unserer Beratung bei widerstreitenden wissenschaftlichen Ergebnissen und Bewertungen über den wissenschaftlichen Konsens und Dissens Transparenz her. Wo dies wissenschaftlich angemessen und für die Beratung erforderlich ist, sind wir bemüht, eine Synthese zu erreichen.
16. Wir sind uns bewusst, dass es auch in Beratungssituationen zu einem mitunter öffentlichen Dissens zwischen einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kommen kann. Gerade in solchen Fällen halten wir den kollegialen Respekt sowie den sachlichen Austausch von Argumenten für entscheidend, um das Vertrauen in die Wissenschaft und deren Beratung zu fördern.
17. Wir setzen uns dafür ein, Studien, Gutachten und Beratungspapiere grundsätzlich open access zu veröffentlichen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung kann je nach Beratungskontext variieren. Der Vertraulichkeit mancher Beratungssituationen fühlen wir uns dabei gleichwohl verpflichtet und wahren diese.
18. Wir sehen die Beratung von Politik und Gesellschaft auf Basis unserer Forschung als eine unserer Kernaufgaben an und etablieren deshalb spezifisch Weiterbildungsangebote, die Möglichkeiten und Grenzen der Beratung vermitteln, an unseren Einrichtungen.